

Satzung der Universität Hamburg über die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

in der Fassung vom 27.05.2003, zuletzt geändert am 12.07.2007

§ 1

Informationspflichten der Nutzerinnen und Nutzer von Hochschuleinrichtungen

Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Studierende, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten sowie sonstige Nutzerinnen und Nutzer von Hochschuleinrichtungen sind verpflichtet, der Universität für die in der Anlage 1 genannten Verwaltungsaufgaben die dort jeweils zugeordneten personenbezogenen Daten mitzuteilen.

§ 2

Löschung von Daten

- (1) Die Universität hat unbeschadet der Bestimmungen über die Ablieferung von Unterlagen an das Staatsarchiv die nach § 1 erhobenen personenbezogenen Daten wie folgt zu löschen:
 - a) Die für das Zulassungsverfahren erhobenen Daten sind ein Jahr nach Ablauf des Bewerbungssemesters zu löschen, soweit diese Daten nicht für die Immatrikulation benötigt werden.
 - b) Alle anderen Daten, soweit es sich nicht um "Archivdaten" der Anlage 1 handelt, sind vier Jahre nach der Exmatrikulation oder der Beendigung des Studiums zu löschen.
 - c) "Archivdaten" der Anlage 1 sind nach Ablauf von fünfzig Jahren zu löschen.
- (2) Die nach § 6 erhobenen Daten werden gelöscht, sobald der mit der Speicherung verfolgte Zweck erreicht ist. Die Bestimmung des § 19 HmbDSG über die Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten findet uneingeschränkt Anwendung.

§ 3

Akteneinsicht und Auskunft

Die oder der Betroffene hat das Recht auf Einsicht in die auf Grund von § 1 über sie oder ihn geführten Akten sowie auf Auskunft nach § 18 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG) vom 5. Juli 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 133, 163 266), zuletzt geändert am 18. November 2003 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2003 Seite 539) in der jeweils geltenden Fassung.

Akteneinsicht und Auskunftserteilung sind beim Präsidium zu beantragen und von diesem zu entscheiden. Die Gründe für die Versagung der Auskunft sind aktenkundig zu machen.

§ 4

Daten für Zwecke der Hochschulstatistik

Die Universität kann von den in der Anlage zu § 1 aufgeführten personenbezogenen Daten diejenigen für Zwecke der Hochschulstatistik verwenden und der zuständigen Behörde übermitteln, welche in der vierten Spalte der Anlage (Hochschulstatistik) mit einem Kreuz (x) gekennzeichnet sind.

§ 5
Maschinenlesbarer Studierendenausweis

- (1) Die Universität Hamburg kann für jede Studierende oder jeden Studierenden zum Nachweis der Mitgliedschaft zur Hochschule bei der Immatrikulation und Rückmeldung einen Studierendenausweis ausgeben. Die Ausgabe von Ausweisen nur für einzelne Bereiche der Universität Hamburg ist zulässig. Der Studierendenausweis kann optisch lesbar folgende Angaben enthalten:
1. Name und Vorname,
 2. Geburtsdatum,
 3. Matrikelnummer,
 4. Studiengang und Fachsemester,
 5. Gültigkeitsdauer und Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
 6. Wahlberechtigung für die jeweilige Fakultät oder eines anderen Organs der akademischen Selbstverwaltung,
 7. Lichtbild.

- (2) Der Studierendenausweis kann auch in Form eines mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystems (z.B. einer multifunktionalen Chipkarte) ausgegeben werden. Dieser kann eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 enthalten. Maschinenlesbare Studierendenausweise können daneben zu folgenden Zwecken eingesetzt werden:
1. Rückmeldung,
 2. Adressenänderung,
 3. Anforderung von studiumsbezogenen Bescheinigungen,
 4. Prüfungsanmeldung,
 5. Abfrage von Prüfungsergebnissen,
 6. Stimmabgabe bei elektronischen Wahlen an der Hochschule,
 7. als Benutzerausweis für die Bibliotheken der Hochschulen,
 8. Buchen von Veranstaltungen im Hochschulsport,
 9. Zugang zu Geräten, Räumen und Parkraum im Bereich der Hochschule,
 10. als elektronische Geldbörse,
 11. als Fahrausweis für den öffentlichen Personennahverkehr.

Mobile personenbezogene Datenverarbeitungssysteme können darüber hinaus für weitere Zwecke eingesetzt werden, die der Studienorganisation dienen. Hierüber sind die Studierenden zu informieren (z.B. Anmeldung für bestimmte Arten von Lehrveranstaltungen (u.a. Labore, Praktika), Abfrage von Gebühren- und Beitragskonten). Mit ihnen können außerdem Funktionen zur Benutzung öffentlicher oder nichtöffentlicher Stellen ausgeführt werden, wenn die Freiwilligkeit dieser Nutzungen sichergestellt ist. Im Datenspeicher des mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystems werden als personenbezogene Daten nur folgende Daten gespeichert:

1. Matrikelnummer, erweitert um die vierstellige amtliche Hochschulkennung,
 2. Kartenummer bzw. Anwendungs - IDs der Anwendungssysteme
 3. Gültigkeitsdauer oder Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
 4. Statusgruppe (§ 10 Abs.1 HmbHG),
 5. PIN,
 6. die für eine digitale Signatur im Sinne von §2 des Signaturgesetzes erforderlichen Daten,
 7. die für die Anwendung von Verschlüsselungsverfahren erforderlichen Daten,
 8. die für die Anwendung von Authentisierungsverfahren erforderlichen Daten.
- (3) Der Studierendenausweis wird von der für die Immatrikulation zuständigen Stelle der Hochschule oder einer von ihr beauftragten Stelle ausgestellt. Meldet der Karteninhaber oder die Karteninhaberin den Verlust des Studierendenausweises, stellt die ausgebende Stelle sicher,

dass dieser für die hochschulbezogene Nutzung sowie für eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes gesperrt wird. Für das Erstellen des Studierendenausweises kann bei der Immatrikulation ein Lichtbild verlangt werden. Eine Speicherung des Lichtbilds ist ohne eine schriftliche Einwilligung des Studierenden nur auf dem Studierendenausweis zulässig.

- (4) Die oder der Studierende kann jederzeit Auskunft über die durch das mobile personenbezogene Datenverarbeitungssystem aktivierten personenbezogenen Datenspeicherungen verlangen.
- (5) Jede Kommunikation zwischen dem mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystem und Lesegeräten setzt die gegenseitige Authentisierung der beiden Systeme mit kryptografischen Mitteln voraus. Die Kommunikation muss für die nutzende Person erkennbar sein. Dies gilt insbesondere, wenn durch diese Kommunikation eine Datenspeicherung ausgelöst wird.
- (6) Die zur Gewährleistung der Datensicherheit nach § 5b des Hamburgischen Datenschutzgesetzes zu ergreifenden Maßnahmen sind schriftlich festzuhalten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass bei der freiwilligen Nutzung der Chipkarte für Funktionen außerhalb der Universität Hamburg von diesen Stellen ausschließlich nur diejenigen Daten gelesen werden können, die zur Abwicklung dieser Verfahren erforderlich sind.

§ 6

Informationspflichten des wissenschaftlichen Personals

- (1) Angehörige des wissenschaftlichen Personals der Universität Hamburg sind verpflichtet, der Hochschule diejenigen personenbezogenen Daten mitzuteilen, die zur Beurteilung der Lehr- und Forschungstätigkeit, des Studienangebots und des Ablaufs von Studium und Prüfungen, für Planungs- und Organisationsentscheidungen, zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrages erforderlich sind.
Welche Daten im Einzelnen erhoben und verarbeitet werden dürfen ergibt sich aus Anlage 2 dieser Satzung.
- (2) Die in der Anlage 2 bezeichneten Daten werden im Wesentlichen durch Auswertung bereits bestehender Verfahren erhoben. Auswertungsverfahren sind grundsätzlich in anonymisierter Form, z.B. durch das Aggregieren von Daten durchzuführen.

Die Rahmendienstvereinbarung der Universität: "Datenschutz bei Personaldaten" vom 20.12.2002 ist zu beachten.

Bei allen Verfahren sind die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Neue Erhebungs- oder Auswertungsverfahren von Daten gemäß Anlage 2 müssen unbeschadet datenschutzrechtlicher Verfahren - vorab von der verfahrensbetreibenden Stelle dem Präsidium zur Genehmigung vorgelegt werden.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Ausnahme von § 5 am 25. November 2004 in Kraft. § 5 tritt am 14. August 2007 in Kraft.